



Antrag

des Zusammenschlusses der Abgeordneten der AfD

Für eine leistungs- und wettbewerbsfähige Wehrtechnikbranche - Sicherheits- und Verteidigungsindustrie als nachhaltig einstufen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, sich auf der Ebene des Bundesrates dafür einzusetzen, dass die deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie im Rahmen der geplanten EU-Sozialtaxonomie als nachhaltig eingestuft werden. Die Unternehmen der Wehrtechnik leisten einen wichtigen Beitrag zur Stabilität in Europa, dem auch auf politischer Ebene Rechnung zu tragen ist. Dazu gehört, dass Unternehmen der deutschen Rüstungsindustrie und ihre Zuliefererbetriebe einen fairen Zugang zu den Finanzmärkten erhalten. In diesem Zusammenhang ist eine positive Einstufung im Sinne der Nachhaltigkeit erforderlich, um damit auch international wettbewerbsfähig zu bleiben.

Begründung:

Derzeit finden auf der Ebene der Europäischen Union Vorarbeiten für eine neue Sozialtaxonomie statt, mit der Vorgaben für nachhaltige Investitionen in der Wirtschaft erfolgen sollen. Mit einem Beschluss zur Sozialtaxonomie durch die EU-Kommission kann bis zum Jahr 2024 gerechnet werden.

Im Rahmen der Erarbeitung der Kriterien zur Sozialtaxonomie liegt bisher ein Zwischenbericht vor, wonach Unternehmen der deutschen Rüstungsindustrie aufgrund ihres Tätigkeitsfeldes mit einer neutralen Bewertung ihrer Geschäfte rechnen können. Dies ist jedoch als nicht ausreichend einzustufen, weil Investitionen in Rüstungsunternehmen in der öffentlichen Debatte immer stärker unter Druck geraten und dadurch deren Finanzierung und Versicherung erschwert werden.

Gerade weil die deutsche Sicherheits- und Verteidigungsindustrie aus privatwirtschaftlichen Unternehmen besteht, ist sie auf gesicherte und kontinuierliche Geschäftsbeziehungen zu Banken und Versicherungen angewiesen. Vorgaben zu nachhaltigen Investitionen auf gesetzlicher Ebene, mit denen Dienstleistungen für Rüstungsunternehmen pauschal als risikobehaftet bzw. minderwertig im Sinne der Nachhaltigkeit eingestuft werden, würden deshalb zugleich auch den wichtigen Beitrag der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie für die politische Stabilität in Europa relativieren. Eine positive Einstufung im Rahmen der EU-Sozialtaxonomie ist daher erforderlich.

Volker Schnurrbusch und der Zusammenschluss der Abgeordneten der AfD